



DAS PIRATENEINKOMMEN

Für viele ist die Piratenpartei ein Hoffnungsschimmer in Zeiten der Politikverdrossenheit. Ihr Eintreten für ein Grundeinkommen macht sie jetzt noch interessanter.

VON MICHAEL OPIELKA

Hinter mir, in der DB Lounge am Frankfurter Flughafen, sitzt einer, der aussieht wie ein Nerd: Kleidungsgröße 58, laut am Mobilfon wie im Hacken auf dem Laptop, also störend, egozentrisch, unästhetisch. So denkt man sich die Piratenpartei sympathisanten. Altgrünbürgerlich dezent nehme ich

einen Anruf entgegen, ich solle etwas schreiben zum Beschluss des Piratenparteitags vom Wochenende, sie seien zu 67 Prozent für das Grundeinkommen. Ich erinnere mich an den Parteitag der Grünen vier Jahre zuvor, nur 40 Prozent der Delegierten waren damals dafür, manche freuten sich, immerhin so viele und

„Sollten die Piraten das können, was die Grünen nicht wollten? War ich selbst bisher zu naiv, um die Bedeutung des sozialen Piratentums wahrzunehmen?“

gaben zu bedenken, dass viele Grüne-
litäre, die eigentlich dafür waren, dage-
gen stimmten, um die Grünenführung
nicht zu beschädigen, die natürlich da-
gegen war, denn sie war einige Jahre da-
vor, 2003, für die „Agenda 2010“, also für
das Gegenteil des Grundeinkommens, für
„Workfare statt Welfare“. Diesmal, so liest
man, war der Piratenpartei vorsitzende
auch dagegen, man habe noch keine rech-
te Berechnung für dessen Kosten, aber die
Mehrheit setzte sich durch, noch gab es
keine Piratenfunktionäreministerstaats-
sekretäreleitendegutbezahltebeamte, die
die eigenen Ziele vergessen konnten um
an der Macht zu bleiben.

Zugegeben, meine Sympathie für die
Piratenpartei war bisher nicht vorhan-
den. Verwundert betrachtete ich eine alte
Freundin, die, immerhin Professorin, auf
einer Hausparty eine flammende Rede
für diesen Verein hielt, gerade war er in

Berlin in das Abgeordnetenhaus gelangt,
wie konnte sie derlei Naivität nur guthei-
ßen. Lange ist es her, mehr als 32 Jahre, da
war ich selbst sehr jung, Student und ei-
nes der ersten Mitglieder der grünen Par-
tei, auf den Gründungsparteitagen in Ba-
den-Württemberg und in Karlsruhe für
Deutschland, ein kleiner Funktionär und
ziemlich bald misstrauisch. Nicht ge-
genüber Winfried Kretschmann, den ich
schon damals in Stuttgart schätzte, doch
sehr gegenüber den grünen Karrierepoli-
tikern, die Ökologie nur als Wort nutzten,
ansonsten aber die Gesellschaft zwischen
Sozialdemokratie und Liberalismus un-
berührt lassen wollten. Später nannte ich
das, was die Grünen sozialpolitisch wol-
len müssten, „Garantismus“, eine Men-
schenrechtssozialpolitik, neben den drei
Wohlfahrtsregimeideen liberal/konser-
vativ/sozialdemokratisch. Einige Grüne
teilten das, die Elitenmehrheit nicht. Soll-

ten die Piraten das können, was die Grü-
nen nicht wollten? War ich selbst bisher
zu naiv um die Bedeutung des sozialen Pi-
ratentums wahrzunehmen?

LAPTOP STATT STRICKZEUG

Ein politik- und kultursoziologischer Blick
auf die Piratenpartei fällt mir schwer, ich
weiß zu wenig, es gibt keine quantitati-
ven und kaum qualitativen Studien zu
Mitgliedschaft und Parteikultur, allen-
falls journalistische Begleitung. Offen-
sichtlich ist: es sind vor allem Männer, die
Genderpolitikerinnen, die es wohl gibt,
treffen sich unter „Kegelklub.net“. Das ist
lustig. Die Frau als Kugel, die den Mann
umwirft. Überhaupt: Politik soll Spaß
machen, Subjektivitätspolitik. Vor drei-
ßig Jahren hieß das: Das Private ist poli-
tisch. Der Klassenanalytiker, marxistisch
oder damit verwandt, wird die Klassen-
lage der Piraten untersuchen und fest-
stellen: sie ist etwa so wie einmal bei den
Grünen, eher gebildet, eher untere bis
mittlere Mittelschicht, etwas mehr klei-
ne Selbstständige als der Durchschnitt,
jedenfalls nicht die Selbstständigenun-
leitendengestelltebasis der überkomme-
nen FDP. Was den Grünen ihr Strickzeug
war, ist den Piraten der Laptop, wo ginge
das sonst auf einem Parteitag, dass wäh-
rend eines Redebeitrages mit einem Net-
book herumgefuchelt wird. Klar scheint
den Piraten, dass sie und ihre Wähler die-
jenigen sein werden, deren soziale Sicher-
heit weder durch eigenes Vermögen noch
durch eine lohnarbeitszentrierte Sozial-
versicherung garantiert wird. Viele Grü-
ne sehen das auch, übrigens auch viele
in den anderen Parteien, aber ihre Eliten
übersehen das: Sie sind Beamte oder zu-
mindest gut bezahlt, sie hoffen mit guten



FRANKSCHUBERT - VG BILD KUNST

Gründen auf den Schaum des Latte Macchiato.

Der Beschluss des Piratenparteitags zum Antrag „Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn (PA284)“ würde allen Parteien im Deutschen Bundestag gut anstehen, er ist recht realitätsnah und es lohnt, sich den Wortlaut anzusehen: „Dazu wollen wir eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag gründen, deren Ziel die konkrete Ausarbeitung und Berechnung neuer sowie die Bewertung bestehender Grundeinkommens-Modelle sein soll. Für jedes Konzept sollen die voraussichtlichen Konsequenzen sowie Vor- und Nachteile aufgezeigt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Zeitgleich werden wir uns im Bundestag dafür einsetzen, dass noch vor Ende der Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für Volksabstimmungen auf Bundesebene geschaffen werden. Sie sollen den Bürgern ermöglichen, sowohl die in der Enquete-Kommission vorgestellten als auch andere Grundeinkommens-Modelle als Gesetzentwurf direkt zur Abstimmung zu stellen. Um dabei über eine Vielfalt an Konzepten gleichzeitig entscheiden zu können, sollen Volksabstimmungen auch mit Präferenzwahlverfahren durchgeführt werden können.“ Übersieht man den tatsächlich noch etwas naiven Ton – wie kann die Piratenfraktion eine Enquete-Kommission „gründen“? Vermutlich ist gemeint, dass man sie beantragen will – und auch das Netzfachchinesisch – was ist denn ein „Präferenzwahlverfahren“? –, dann kann man beide Schritte nur begrüßen: ernsthafte Reflexion im Bundestag und Votum des demokratischen Souveräns in seiner ganzen Breite. Interessant ist, dass der Pira-

tenantrag sich „bis zur“ Einführung des Grundeinkommens für einen Mindestlohn einsetzt – auf den ersten Blick nur ein Formelkompromiss zur Befriedigung der traditionell-linken Affekte im neuen Wahlverein, genauer betrachtet aber auch ein klar wirtschaftsliberales Statement: das Grundeinkommen nach Piratenart soll die Deregulierung des Arbeitsmarktes ermöglichen.

Sind die Piraten nur ein politisches Kulturprojekt? Noch ist das schwer zu sagen und „nur“ wäre auch nicht wenig. Mit der Positionierung Pro Grundeinkommen und bei weiteren Wahlerfolgen werden sie möglicherweise zu einem Strukturprojekt: an ihnen vorbei werden manche Koalitionen nicht mehr gehen und sollten sie kluge und werttreue wie-reflexive Politikeliten stellen, dann könnten sie einen unschätzbaren Beitrag zur Realisierung eines Grundeinkommens leisten – den die Grünen überhaupt zu denken fahrlässig versäumten.



FRANK SCHUBERT – VG BILD KUNST



MICHAEL OPIELKA

ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena und Geschäftsführer des Instituts für Sozialökologie in Siegburg. Er gehört zu den Gründern des Netzwerks Grundeinkommen und von BIEN (Basic Income Earth Network).

Dieser Artikel erschien auch auf www.themen-der-zeit.de

„Ein klar wirtschaftsliberales Statement: das Grundeinkommen nach Piratenart soll die Deregulierung des Arbeitsmarktes ermöglichen.“